

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003028/2025
an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Tomasz Froelich (ESN)

Betrifft: Möglicher Verstoß des Ausschlusses von AfD-Mitgliedern aus dem Staatsdienst gegen Europarecht

Neulich hat das Innenministerium von Rheinland-Pfalz angekündigt, AfD-Mitglieder vom Staatsdienst auszuschließen. Diese Ankündigung wurde zurückgezogen, nachdem renommierte Verfassungs- und Staatsrechtler wie Christoph Gröpl und Joachim Wieland Bedenken geäußert hatten, dass das Vorgehen grundgesetz- und europarechtswidrig sei. Die geplante Verwaltungsvorschrift sieht nun eine Einzelfallprüfung vor¹. 1995 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) geurteilt, dass die Mitgliedschaft in einer als extremistisch eingestuften Partei nicht ausreicht, um aus dem Staatsdienst entlassen zu werden. Die AfD wurde vom Bundesverfassungsgericht bisher nicht als verfassungsfeindlich eingestuft. Der EGMR urteilte zudem, dass auch Beamte das Recht hätten, von der Meinungsfreiheit politischen Gebrauch zu machen². Hieran anknüpfend soll künftig in Dänemark durch das neue Gesetz über die Meinungsfreiheit von Staatsbediensteten die Meinungsfreiheit im öffentlichen Dienst gestärkt werden, nachdem eine Studie ergeben hatte, dass jeder vierte Beamte aus Angst vor Repressalien darauf verzichtet, seine Meinung zu äußern³. Beamte sollen für Meinungsäußerungen arbeitsrechtlich nicht belangt werden⁴.

1. Wie beurteilt die Kommission vor dem Hintergrund des Artikels 10 der EU-Grundrechtecharta den Versuch der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, AfD-Mitglieder vom Eintritt in den Staatsdienst auszuschließen?
2. Teilt sie die europarechtlichen Bedenken der genannten Staatsrechtler?
3. Wie bewertet die Kommission das dänische Gesetz über die Meinungsfreiheit von Staatsbediensteten und gedenkt sie, Initiativen zur Stärkung der Meinungsfreiheit in den öffentlichen Diensten der Mitgliedstaaten zu unterstützen?

Eingang: 22.7.2025

¹ <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/ausschluss-von-afd-mitgliedern-vom-staatsdienst-laut-staatsrechtlern-verfassungswidrig-100.html>

² [https://hudoc.echr.coe.int/eng#{%22itemid%22:\[%22001-58012%22\]}](https://hudoc.echr.coe.int/eng#{%22itemid%22:[%22001-58012%22]})

³ <https://europeanconservative.com/articles/news/denmark-strengthens-free-speech-protections-for-public-employees/>

⁴ <https://chambers.com/articles/new-act-on-freedom-of-expression-for-public-employees-adopted-by-the-danish-parliament>